

## **Stellungnahme der LaKof NRW zu den Auswirkungen der Einführung von Studiengebühren auf Frauen**

01.06.2005

Die LaKof NRW spricht sich vehement gegen die Einführung allgemeiner Studiengebühren aus.

Studiengebühren sind Teil eines bundesweiten Sozialabbaus und verschärfen die Selektion und Ausgrenzung weiter Bevölkerungsteile von Bildungschancen.

Aus gleichstellungspolitischer Perspektive bedeutet die Einführung allgemeiner Studiengebühren einen Einschnitt in den Prozess zur Herstellung gleicher Bildungs- und Lebensbedingungen für Frauen und Männer.

Schon heute stellen unsichere Finanzierungssysteme und BAFöG-Verschuldungen gerade für Frauen eine Barriere dar ein Studium zu beginnen. Die Einführung von Studiengebühren verschärft dieses Problem.

Die finanzielle Situation und der Bildungshintergrund des Elternhauses wirken sich nach wie vor auf die Bildungschancen aus. Neben dem sozialen und kulturellen Hintergrund zeigt sich gerade das Geschlecht als entscheidender Faktor. Bei genauer Betrachtung der Hochschulstatistiken werden die Missstände deutlich.

Immer mehr Frauen erlangen heute eine Studienzugangsberechtigung, was sich jedoch anteilmäßig nicht auf die Zahl der Studienanfängerinnen auswirkt.

Der Anteil der Hochschulabsolventinnen ist signifikant niedriger als der der Studienanfängerinnen, die Promotionsrate von Frauen ist deutlich geringer als die ihrer männlichen Kollegen und eine paritätische Besetzung von Gremien und Führungspositionen ist noch lange nicht erreicht. Hegemoniale Männlichkeitsvorstellungen werden nur selten hinterfragt. Gender-Kompetenzen gelten als exotische Nischenqualifikation.

Die horizontale und vertikale Segregation der Hochschule und des Arbeitsmarktes verstärkt geschlechtsspezifische Chancenungleichheiten. Die Einführung von Studiengebühren wird diesen Missständen in keiner Weise entgegenwirken, sondern zementiert überkommene Rollenvorstellungen. Frauen verfügen über wesentlich geringere finanzielle Ressourcen. Vereinbarkeitsleistungen werden fast ausschließlich Frauen zugeschrieben und von ihnen erbracht. Sie übernehmen häufiger als Männer die Kindererziehung sowie die Pflege kranker und alter Familienangehöriger, wodurch ihnen ein zügiges Studium erschwert wird und sich ihre Studienzeiten verlängern. Dies wirkt sich schon heute negativ auf die Karrierechancen von Frauen aus. Unzureichende Bedingungen für ein

Teilzeitstudium verstärken die Benachteiligung von Studierenden mit Familienpflichten.

Die Modularisierung und Neustrukturierung der Studiengänge zeigt bereits starke Defizite bei der Berücksichtigung von Genderansätzen.

Durch die bisherige Gestaltung der Module (Angebot in der Regel nicht häufiger als einmal pro Jahr) wird ein Studium mit Kind(ern) zusätzlich erschwert. Durch unzureichende formale Bedingungen für ein Studium mit Kind wie: Pflichtveranstaltungen außerhalb der üblichen Kinderbetreuungszeiten und erschwerte Zugänge von Studierenden mit Familienverantwortung zu Austausch- und Exkursionsprogrammen, werden Studierende mit Kind(ern) überproportional von Studiengebühren belastet sein.

Wobei nicht vergessen werden darf, dass sie schon heute mit besonderen finanziellen und strukturellen Problemen konfrontiert sind.

Seit der Einführung des Studienkontenmodells und der Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge in Nordrhein-Westfalen ist ein erheblicher Anstieg von Studienabbrüchen festzustellen.

Die zusätzliche Belastung durch Studiengebühren wird für viele Frauen eine weitere unüberwindbare Barriere darstellen:

- Die Gebühren werden die ohnehin schon bestehende Selektion innerhalb des Bildungssystems weiter verstärken. Studentinnen sind aufgrund der ungleichen materiellen Ressourcenverteilung stärker auf Eigenfinanzierung angewiesen. So arbeiten sie nach einer wissenschaftlichen Untersuchung 5 Stunden pro Woche mehr als Studenten (Heiland/Schulte, 2002) und verdienen bei gleicher Arbeitszeit weniger.
- Die bisher vorgeschlagenen Finanzierungssysteme benachteiligen Frauen überdurchschnittlich. Frauen werden aufgrund ungleicher Lohnverhältnisse wesentlich länger als Männer durch Rückzahlungsverpflichtungen belastet sein. Studien aus Australien haben ergeben, dass bei vergleichbarer Darlehenshöhe Männer zur Rückzahlung 17 Jahre benötigen, Frauen hingegen 51 Jahre (Jackson 2002). Frauenorganisationen aus Österreich haben berechnet, dass ein größerer Anteil von Frauen bis über das 65. Lebensjahr hinaus ihr Darlehen zurückbezahlen muss ([ag-innsbruck.vibk.ac.at/agj\\_1\\_01/24\\_25.pdf](http://ag-innsbruck.vibk.ac.at/agj_1_01/24_25.pdf)) Dadurch werden ungleiche Verschuldungsrisiken geschaffen.
- Durch die Einführung von allgemeinen Studiengebühren wird das angestrebte Ziel der Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen zusätzlich erschwert.
- Bereits heute sind Frauen in Führungsetagen unterrepräsentiert. Die Einführung allgemeiner Studiengebühren wird sich kontraproduktiv auf das Bestreben auswirken, mehr Frauen Zugang zu Führungspositionen zu verschaffen.
- Durch allgemeine Studiengebühren wird bewusst Eliteförderung betrieben, was das Gegenteil von Chancengleichheit darstellt. Ebenso ist das heterogene Fächerspektrum gefährdet. Langfristig betrachtet wird dies zu einem Bildungsverhalten kurzfristiger Verwertbarkeit führen. Gesamtgesellschaftlich kann dies nicht wünschenswert sein.
- Studierende ausländischer Herkunft werden durch die Studiengebühren systematisch ausgeschlossen. Gerade bei dieser Gruppe stellt sich die Finanzierung des Studiums infolge ausländerrechtlicher Beschränkungen als

besonders problematisch dar. Hiervon werden Frauen besonders betroffen sein.

- Die Einführung allgemeiner Studiengebühren behindert des Weiteren die Mitarbeit von Studierenden in Gremien der Hochschule und in der verfassten Studierendenschaft, da die hierfür investierte Zeit zwangsläufig das Studium verlängert und dadurch verteuert. Dies wirkt der Implementierung von Gender-Aspekten in der HS-Politik auf allen Ebenen entgegen.

Wir fordern die Landesregierung NRW auf, sich eindeutig von der Einführung von Studiengebühren zu distanzieren. Unter gleichstellungspolitischen Gesichtspunkten ist die Einführung von Studiengebühren konsequent abzulehnen.